

14. Beratung und Beschlussfassung: Zweite Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung für 2025 (AES)
Beschlussvorlage: 066/2024
15. Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2022
Beschlussvorlage: 073/2024
16. Beschlussfassung über die Entlastung des Landrates des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2022
Beschlussvorlage: 075/2024
17. Beratung und Beschlussfassung: Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2024
Beschlussvorlage: 061/2024
18. Beratung und Beschlussfassung: Überplanmäßige Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in den besonderen Wohnformen
Beschlussvorlage: 070/2024
19. Beratung und Beschlussfassung: Überplanmäßige Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in den besonderen Wohnformen für Kinder und Jugendliche
Beschlussvorlage: 071/2024
20. Beratung und Beschlussfassung: Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Oder-Spree
Teilfortschreibung: Schulplanungsbereich 3 für den Zeitraum 2024-2029
Beschlussvorlage: 068/2024
21. Beratung und Beschlussfassung: Errichtung eines vierzügigen Gymnasiums in Schöneiche bei Berlin
Beschlussvorlage: 063/2024
22. Beratung und Beschlussfassung: Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Neubaus für die Regine-Hildebrandt-Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in Fürstenwalde / Spree als Baustein des „Spree-Campus“
Beschlussvorlage: 062/2024/1
23. Beratung und Beschlussfassung: Gezielte Förderung und strukturelle Stärkung des Ehrenamtes im Landkreis Oder-Spree – Verabschiedung der Richtlinie Engagement-Förderung
Beschlussvorlage: 021/2024/1
24. Beratung und Beschlussfassung: Eilentscheidung nach § 58 der Kommunalverfassung Brandenburg (BbgKVerf) - Bereitstellung weiterer finanzieller Mittel zur Ertüchtigung "Haus Hoffnung" in Fürstenwalde/Spree sowie der Errichtung eines Mehrzweckgebäudes mit Sozialräumen
Beschlussvorlage: 072/2024
25. Beratung und Beschlussfassung: Eilentscheidung nach § 58 der Kommunalverfassung Brandenburg (BbgKVerf)
Beschlussvorlage: 079/2024

26. Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zum Neubau eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6744, Abschnitt 015, Dahmsdorf – Reichenwalde
Beschlussvorlage: 077/2024
27. Beratung und Beschlussfassung: Vergabeentscheidung zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag für Verkehrsleistungen im Straßenbahnverkehr der Linie 88 i. V. m. Beschlussfassung eines Verkehrsvertrages, einer Finanzierungsvereinbarung und einer Ergänzungsvereinbarung zum Verkehrsvertrag
Beschlussvorlage: 078/2024
28. Veränderungen in den Ausschüssen

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Grundstücksangelegenheiten – Beschluss über den Verkauf einer Teilfläche im GVZ Freienbrink
Beschlussvorlage: 067/2024

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Hilke, begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die 2. Sitzung des Kreistages. Die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Hilke teilt mit, dass die Fraktion FDP/BJA/BVFO darum bitte, ihre zwei Anträge 14/FDP/BJA/BVFO/2024 und 15/FDP/BJA/BVFO/2024 auf die Tagesordnung als neuen TOP 11 und TOP 12 aufzunehmen. Durch ein Missverständnis zwischen Gesagtem und Gemeintem, ausgelöst im Kreisausschuss am 25.09.2024, wurden sie nicht an den Kreistag weitergeleitet.

Er lässt zunächst über den Antrag 14/FDP/BJA/BVFO/2024 abstimmen.

mehrheitlich abgelehnt
Ja 14 Nein 18 Enthaltung 8

Es folgt die Abstimmung über den Antrag 15/FDP/BJA/BVFO/2024.

mehrheitlich abgelehnt
Ja 11 Nein 16 Enthaltung 10

Herr Hilke lässt nun über die Tagesordnung in Gänze abstimmen.

mehrheitlich zugestimmt
Nein 4 Enthaltung 0

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.07.2024 und 15.07.2024 - öffentlicher Teil

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Einwände zu der Niederschrift vom 09.07.2024 und vom 15.07.2024 vorliegen und bittet um Bestätigung.

zugestimmt

Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Herr Hilke fragt, ob Einwohner anwesend seien, die zum TOP sprechen wollten. Das ist nicht der Fall.

Zu TOP 5 Geschäftsbericht des Landrates

Der Landrat kündigt an, zu verschiedenen Themen sprechen zu wollen. Zum letzten Thema werde Herr Buhrke, als Kämmerer des Landkreises sprechen.

Er trägt den Geschäftsbericht vor. (Anlage 2)

Anschließend wird Herrn Buhrke, wie angekündigt, das Wort erteilt.

Er stellt den Haushaltsplanentwurf für 2025 vor und bringt somit den Haushalt in den Kreistag ein. (Anlage 3)

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2025 wird ab dem 10.10.2025 auf der Homepage des Landkreises veröffentlicht.

Herr Hilke teilt mit, dass Herr Schroeder einen Geschäftsordnungsantrag gestellt habe.

Herr Schroeder bemängelt, dass der Haushalt 2025 nicht unter einem eigenen TOP eingebracht wurde und im Vorhinein keine Unterlagen zur Verfügung gestellt worden seien.

Herr Buhrke geht sofort darauf ein. Die Unterlagen seien jedes Jahr erst am darauffolgenden Tag veröffentlicht worden. Zur Einbringung sei auch keine Aussprache oder Abstimmung vorgesehen, daher sei ein eigener TOP auch nicht zwingend notwendig. Die Haushaltsdiskussionen würden zu der entsprechenden Beschlussvorlage, wie jedes Jahr, in der Beratungsfolge zum letzten Kreistag des Jahres stattfinden, hier der 04.12.2024. Somit sehe er da kein Problem.

Herr Hilke teilt mit, die Anmerkung von Herrn Schroeder mit in die nächste Sitzung des Geschäftsordnungs- und Petitionsausschusses am 25.11.2024 nehmen zu wollen.

Zu TOP 6 Beantwortung von Anfragen aus dem Kreistag durch den Landrat

Herr Hilke informiert, dass eine Anfrage der Fraktion Die Linke/Tierschutzpartei zum Integrationsbudget zum heutigen Kreistag gestellt wurde.

Der Landrat gibt den Hinweis an Frau Sellin, dass ihre Anfragen nicht fristgerecht eingegangen seien, aber dennoch bereits fast alle schriftlich beantwortet seien.

Frau Kaiser geht kurz auf die schriftliche Antwort zur Anfrage zum Integrationsbudget ein. (Anlage 4)

Zu TOP 7 Information des Kreistagsvorsitzenden

Herr Hilke berichtet kurz aus der ersten Sitzung des Geschäftsordnungs- und Petitionsausschusses vom 06.08.2024. Es seien viele Themen behandelt worden. Die Hauptsatzung des Landkreises, die Zuständigkeitsordnung und die Geschäftsordnung des Kreistages sollen überprüft und ggf. angepasst werden. Dazu sollen entsprechende Entwürfe seitens der Verwaltung zum Kreisausschuss am 20.11.2024 vorgelegt und den Fraktionen zuvor die Möglichkeit eröffnet werden, dazu eigene Zuarbeiten einreichen zu können. Man habe in der Sitzung auch über den Livestream diskutiert und die Verwaltung aufgefordert, eine Umsetzung zu prüfen.

Des Weiteren solle das Präsidium auf der Internetseite des Landkreises vorgestellt und eingegliedert werden. Auch solle dort den Bürgern das Verfahren zu Petitionen erläutert werden.

Zudem teilt er mit, dass die Verwaltung an einer verbesserten Nutzung des Atriums arbeite. Zum Kreistag am 04.12.2024 werden Powerbanks zur Verfügung gestellt werden.

Er informiert dann noch kurz, dass er in den Vorstand des Landkreistages gewählt worden sei und schließt den Tagesordnungspunkt.

Zu TOP 8 Informationen zum Livestreaming

Herrn Rutert wird das Wort erteilt. Zum Livestream seien Unterlagen im Bürger- und Ratsinformationssystem eingestellt worden. Auf diese geht er ein. (Anlage 5)

Die Zulässigkeit solcher Übertragungen sei nicht unbestritten.

Auf der einen Seite stünden die Themen Datenschutz und Persönlichkeitsrechte, wie das Recht am eigenen Bild und Ton. Aus ihnen könne teilweise hergeleitet werden, dass die Gewährleistung der Funktion des Kreistages und einer Vertretersitzung nicht gegeben sei. Dann zum Beispiel, wenn sich ein Abgeordneter in seiner freien Rede beeinträchtigt fühle, möglicherweise dahingehend überhaupt aufzustehen, weil es live übertragen wird. Zudem werde nonverbales Verhalten im Einzelnen auch aufgezeichnet. Aus der Mandantenstellung heraus, als Mitglied des Kreistages, hätten sie das Recht auf die freie Ausübung des Mandates, wie die unbefangene Rede.

Auf der anderen Seite gebe es auch die Auffassung, dass die Kreistagsabgeordneten sich als Mandatsträger freiwillig in eine öffentliche Sphäre begeben haben, aus der heraus eine gesellschaftliche Verantwortung entstanden sei und sie letztendlich auch auf eine medienvermittelnde Realität angewiesen seien.

Diese beiden Auffassungen würden von verschiedenen Landkreisen vertreten.

Die letzte Auffassung, die für die Zulässigkeit spreche, werde vom Ministerium des Innern und für Kommunales vertreten. Deren Meinung würde sich die Verwaltung im Allgemeinen auch anschließen. Herr Rutert schlägt vor, dass der Kreistag der Legislaturperiode 2024-2029 erneut einen Beschluss fasse. Letztendlich seien noch die technischen Aspekte zu klären.

Er geht kurz auf den alten Beschluss des vorherigen Kreistages zum Modell Erkner ein. Es solle dann je eine Kamera für das Präsidium und für das Rednerpult geben. Von dem Beschluss könne man auch abweichen.

Wichtig sei, dass letztendlich keine Mitarbeiter der Verwaltung gefilmt und aufgenommen werden dürften. Deren Zustimmung müsse als rechtswidrig betrachtet werden. Das liege am

Abhängigkeitsverhältnis durch die Beschäftigung beim Landkreis. Sonstige rechtliche Rahmenbedingungen wären dann nochmal zu prüfen, wenn sich der neue Kreistag bezüglich der Umsetzung entschieden hätte.

Ein Mehrheitsbeschluss werde auch diejenigen betreffen, die nicht mit einem Livestream einverstanden wären. Es könne bspw. vor jeder Sitzung ein anderer Mehrheitsbeschluss gefasst werden. Man könne auch beschließen, dass die Sitzung nicht live übertragen würde, wenn sich einer an dem Tag dagegen entscheiden sollte. Es gebe also sehr viele Möglichkeiten.

Das Ergebnis seiner aktualisierten Prüfung sei, dass der Livestream mit einem mehrheitlichen Beschluss des Kreistages grundsätzlich zulässig sei. Er ergänzte, dass er auch einmal eine andere Auffassung vertreten habe.

Herr Schroeder meldet sich zu Wort. Er könne nicht nachvollziehen, warum der Livestream in der neuen Legislaturperiode noch einmal diskutiert und beschlossen werden solle. Es liege seiner Kenntnis nach kein Antrag vor, den Livestream zu verhindern. Er behauptet, dass die technischen Voraussetzungen bereits erfüllt seien.

Herr Dr. Zeschmann stimmt Herrn Schroeder zu, eine weitere Diskussion sei nicht notwendig. Er erwarte, dass der Livestream zum nächsten Kreistag umgesetzt werde und kritisiert den Zeitverzug.

Der Landrat macht darauf aufmerksam, dass das Organisations- und Hausrecht im Kreistag der Kreistag und der Kreistagsvorsitzende habe. Der frühere Kreistagsvorsitzende Herr Dr. Berger sei nicht mit diesem Thema an ihn herangetreten. Er sei informiert worden, dass es in der letzten Legislaturperiode eine Abfrage nach dem Beschluss gegeben habe und aufgrund der mangelnden Zustimmungserklärungen der Abgeordneten sei der Livestream dann gescheitert. Jetzt habe sich aber der neue Kreistag konstituiert und im ersten Geschäftsordnungs- und Petitionsausschuss am 06.08.2024, bei dem alle Fraktionen vertreten gewesen seien, sei das Thema sofort wieder aufgegriffen worden. Ergebnis sei gewesen, dass die Verwaltung zum heutigen Kreistag noch einmal informiere und das sei nun geschehen. Er betont nochmals, dass eine gute Qualität des Livestreams seiner Meinung nach sehr wichtig sei und man deshalb nichts überstürzt habe.

Herr Gehm verdeutlicht noch einmal, was Herr Rutert auch schon anführte, man sei hier in einer öffentlichen Behörde und es gelte das Landesdatenschutzgesetz, nicht das Bundesdatenschutzgesetz. Dies bedeute auch, dass lediglich das Aufhängen eines Hinweisschildes, das auf die Liveübertragung aufmerksam mache, hier nicht funktioniere.

Alle Gäste müssten ihre Zustimmung erteilen und Mitarbeiter der Verwaltung dürften, wie bereits gesagt, gar nicht gefilmt oder im Ton aufgenommen werden. Damals hätten die Abgeordneten noch widersprechen können und für die Zuschauer sei es eine Zumutung im Livestream einen großen Teil der Sitzung ohne Bild und Ton verfolgen zu müssen. Man könne sich streiten, ob es hätte gerügt werden müssen, dass der Beschluss nicht aufgehoben wurde.

Herr Rutert wiederholt auf Nachfrage, dass ein neuer Beschluss nur empfohlen wurde, aber nicht rechtlich notwendig sei.

Frau Sellin verlangt daraufhin, dass nicht erneut abgestimmt, sondern der alte Beschluss umgesetzt werden solle.

Herr Dr. Zeschmann äußert nochmals Kritik und stimmt Frau Sellin zu.

Gleiches gilt für Herrn Aulich.

Der Landrat versichert, den Livestream zur nächsten Kreistagssitzung am 04.12.2024 umzusetzen.

Herr Wende teilt noch mit, dass er es befürworte, wenn ein neuer Beschluss gefasst würde, damit die neuen Kreistagsabgeordneten auch entscheiden könnten, ob und wie der Livestream umgesetzt werden solle. Des Weiteren solle dies bei der Anpassung der Geschäftsordnung des Kreistages beachtet werden.

Herr Lindemann greift auf, dass Herr Rutert in seinen Ausführungen darlegte, dass beim Thema Livestream durchaus unterschiedliche Rechtsauffassungen vertreten werden können und kritisiert die Art und Weise wie bisher darüber diskutiert worden sei.

Der Vorsitzende erteilt Herrn Dr. Zeschmann das Wort. Dieser verdeutlicht nochmals seinen Standpunkt.

Herr Opitz stellt einen Geschäftsordnungsantrag. Die Debatte solle beendet werden.

Herr Hilke verspricht, dass das Präsidium gemeinsam mit der Verwaltung an der schnellstmöglichen Umsetzung des Livestreams arbeiten werde und hält fest, dass man sich darauf geeinigt habe, den alten Beschluss aufrecht zu erhalten, womit keine erneute Abstimmung notwendig sei. Er schließt den TOP.

**Zu TOP 9 Benennung von acht Personen für den Verwaltungsrat der Sparkasse
Oder-Spree
Vorlage: 051/2024/1**

Herr Hilke erklärt, dass der Verwaltungsrat der Sparkasse Oder-Spree neu gewählt werden müsse. In der konstituierenden Sitzung seien zu viele Abgeordnete gewählt worden. Die Beschlussvorlage sei nun überarbeitet worden und die Namensvorschläge seien ihm von fast allen Fraktionen zugegangen. Er bittet um die restlichen Namensvorschläge.

Danach erfolgt die Abstimmung. (Nachgeholt nach TOP 10)

Der Kreistag benennt neben dem Landrat weitere **sieben** Personen und **einen Stellvertreter** für den **Verwaltungsrat**. Diese werden dann von der Zweckverbandsversammlung in den Verwaltungsrat gewählt.

Mitglied

1.	Mathias Papendieck (SPD und B'90/Grüne)	Kreistagsabgeordneter
2.	Günter Luhn (CDU)	Kreistagsabgeordneter
3.	Dr. Philip Zeschmann (AfD)	Kreistagsabgeordneter
4.	Christian Dippe (BVB/Freie Wähler)	Kreistagsabgeordneter

5. Jörg Skibba (SPD und B'90/Grüne)

sachkundiger Einwohner

6. Mandy Schaller (CDU)

sachkundige Einwohnerin

7. Siegfried Aulich

sachkundiger Einwohner

Stellvertreter

1. Kai Hamacher

sachkundiger Einwohner

mehrheitlich zugestimmt

Nein 3 Enthaltung 0

Zu TOP 10 Beratung und Beschlussfassung: Aktivierung Klimaschutzmonitoring Vorlage: 17/Die Linke/Tierschutzpartei/2024

Dem Einreicher Herrn Dr. Mernitz, Vorsitzender der Fraktion Die Linke/Tierschutzpartei, wird das Wort erteilt. Er begründet den Antrag. Die Verwaltung solle aufgefordert werden, öffentlich mehr über erreichte Fortschritte zu informieren und mehr Maßnahmen umzusetzen, um den Klimaschutzbeirat noch mehr zu etablieren.

Der Landrat versichert das mitzunehmen und prüfen zu lassen.

Herr Papendieck beantragt, den Antrag in die Fachausschüsse der nächsten Beratungsfolge zu verweisen, um ihn dort umfangreicher besprechen zu können. Die Verwaltung habe dazu bereits in der Vergangenheit viel veröffentlicht.

Herr Beier spricht sich gegen den Antrag aus.

Herr Hilke lässt über den Antrag von Herrn Papendieck abstimmen.

zurückverwiesen

Nein 9 Enthaltung 1

Somit wird der Antrag 17/Die Linke/Tierschutzpartei/2024 in die nächste Beratungsfolge zurückverwiesen.

Zu TOP 11 Beratung und Beschlussfassung: Wahlprüfungsentscheidung zur Kommunalwahl 2024 Vorlage: 074/2024

Herr Hilke fragt Herrn Adrian Bendix, Vertreter von der Tierschutzpartei und Mitunterzeichner des Wahleinspruchs, ob er sich noch mündlich zum Wahleinspruch äußern möchte.

Herr Bendix ergreift das Wort. Er ziehe den Einspruch nicht zurück.

Der Vorsitzende lässt daraufhin über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Einwendungen der Tierschutzpartei vom 5. Juli 2024 gegen die Gültigkeit der Kreistagswahl vom 9. Juni 2024 im Wahlkreis 3 und Wahlkreis 4 werden gem. § 57 Absatz 1 Nummer 2 BbgKWahlG als unbegründet zurückgewiesen. Die Wahl ist gültig.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 5

Der Landrat überreicht der Kreiswahlleiterin Frau Christine Kinner und der stellvertretenden Kreiswahlleiterin Frau Kathrin Meyer je einen Blumenstrauß zum Dank für all die geleistete Arbeit während der letzten Wahlen und den reibungslosen Ablauf dieser.

Zu TOP 12 Beratung und Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2023 Vorlage: 064/2024

Erläuterungs- oder Redebedarf besteht nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

1. die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2023 des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ mit Lagebericht,
2. den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss im hoheitlichen Betrieb in Höhe von 40.728,38 € in die Gewinnrücklagen des hoheitlichen Bereiches einzustellen und den Jahresverlust im Betrieb gewerblicher Art in Höhe von 72.812,37 € aus den Gewinnrücklagen des Betriebes gewerblicher Art zu entnehmen.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 2 Enthaltung 0

Zu TOP 13 Beratung und Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2023 Vorlage: 065/2024

Erläuterungs- oder Redebedarf besteht nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Werkleitung des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2023 zu entlasten.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 3

**Zu TOP 14 Beratung und Beschlussfassung: Zweite Änderung der Satzung des
Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung -
Abfallentsorgungssatzung für 2025 (AES)
Vorlage: 066/2024**

Erläuterungs- oder Redebedarf besteht nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Zweite Änderungssatzung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung – Abfallentsorgungssatzung – vom 09.10.2024 (Anlage 1).

mehrheitlich zugestimmt
Nein 1 Enthaltung 2

**Zu TOP 15 Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des
Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 073/2024**

Erläuterungs- oder Redebedarf besteht nicht, um separate Abstimmung wird gebeten.

Herr Lindemann nimmt an diesen nicht teil.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag beschließt den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2022.

mehrheitlich zugestimmt
Nein 1, Enthaltung 9

2. Der Kreistag bewilligt folgende überplanmäßige Aufwendungen

- für die Bildung von Rückstellungen für die Rückzahlung von Landesmitteln für Leistungen der Hilfe zur Pflege im Produkt „Hilfe zur Pflege“ in Höhe von 1.625.866,77 €

- für die Einmalzahlungen gemäß § 73 SGB II (Umbuchung in separates Produktkonto) im Produkt „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ in Höhe von 1.540.425,65 €

mehrheitlich zugestimmt
Nein 1, Enthaltung 11

**Zu TOP 16 Beschlussfassung über die Entlastung des Landrates des Landkreises
Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 075/2024**

Erläuterungs- oder Redebedarf besteht nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Herr Lindemann nimmt an dieser nicht teil.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, den Landrat des Landkreises Oder-Spree Rolf Lindemann für das Haushaltsjahr 2022 zu entlasten.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 9 Enthaltung 4

**Zu TOP 17 Beratung und Beschlussfassung: Überplanmäßige
Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2024
Vorlage: 061/2024**

Erläuterungs- oder Redebedarf besteht nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt für das Jahr 2024 überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für Regelleistung Bürgergeld in Höhe von 3.500.000,00 € (Produktkonto 31220.5336100/73361000).

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 11

**Zu TOP 18 Beratung und Beschlussfassung: Überplanmäßige Haushaltsausgaben
zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in den besonderen
Wohnformen
Vorlage: 070/2024**

Erläuterungs- oder Redebedarf besteht nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in besonderen Wohnformen im Haushaltsjahr 2024 überplanmäßige Mittel für Transferaufwendungen in Höhe von 4.000.000,00 € (Ergebnisplan) sowie überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 4.000.000,00 € (Finanzplan) zu bewilligen.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 2 Enthaltung 3

**Zu TOP 19 Beratung und Beschlussfassung: Überplanmäßige Haushaltsausgaben
zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in den besonderen
Wohnformen für Kinder und Jugendliche
Vorlage: 071/2024**

Erläuterungs- oder Redebedarf besteht nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in besonderen Wohnformen für Kinder und Jugendliche im Haushaltsjahr 2024 überplanmäßige Mittel für

Transferaufwendungen in Höhe von 1.500.000,00 € (Ergebnisplan) sowie überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 1.500.000,00 € (Finanzplan) zu bewilligen.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 6

**Zu TOP 20 Beratung und Beschlussfassung: Fortschreibung des
Schulentwicklungsplanes des Landkreises Oder-Spree
Teilfortschreibung: Schulplanungsbereich 3 für den Zeitraum 2024-
2029
Vorlage: 068/2024**

Herr Buhrke berichtet von den Veränderungen, die sich dazu noch kurzfristig ergeben haben sollen. Es habe eine Anregung aus der Gemeinde Schöneiche gegeben, die insbesondere Bedenken geäußert hätten – nicht wegen einer Schulform die den Landkreis betreffe - sondern wegen künftiger Grundschulen. Man habe das bereits aufnehmen und vorab mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) abstimmen können, dass da auch kein Gegenbedarf bestehe. Es sei also kurzfristig möglich gewesen, das zu erledigen.

Herr Dr. Zeschmann und Frau Sellin möchten die Änderungen im Text noch einmal sehen.

Herr Buhrke geht darauf ein. Es wird die entsprechende Passage gezeigt. Die angepasste Version konnte erst kurzfristig online hochgeladen werden und wurde zusätzlich per E-Mail an alle Abgeordneten verschickt.

Der Vorsitzende bittet daraufhin um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes im Schulplanungsbereich 3 für den Zeitraum 2024-2029.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 1

**Zu TOP 21 Beratung und Beschlussfassung: Errichtung eines vierzügigen
Gymnasiums in Schöneiche bei Berlin
Vorlage: 063/2024**

Herr Wende spricht zum Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Tierschutzpartei. (Anlage 6) Es gehe eher um Ergänzungen als Änderungen. Er fasst die Diskussionen der letzten Jahre zusammen. Er möchte anregen, zu prüfen, ob das zukünftige Gymnasium von Anfang an zwei Wege zum Abitur anbieten könne, einmal bis zur 12. Klasse und aber auch bis zur 13. Klasse. Man könne so mehr Raum und Zeit für individuelle Lernentwicklung für die Schüler schaffen und bittet um Zustimmung.

Herr Buhrke informiert, dass der Vorschlag leider nicht mit dem Schulgesetz vereinbar sei.

Frau Kampermann stimmt Herrn Buhrke zu und spricht sich ausführlich gegen den Änderungsantrag aus. Sehr lange sei überfraktionell für das Vorhaben gekämpft worden, weil gesagt wurde, die weiterführende Schule solle ein Gymnasium sein. Die Gymnasien, in die die

Schöneicher Schüler gehen würden – in Rüdersdorf und Erkner, hätten einfach keine Kapazitäten, weil sie überfüllt seien. Sie zeigt weitere Zusammenhänge auf und warnt davor, durch eine übereilte Entscheidung das eigentliche Vorhaben zu gefährden.

Herr Schroeder widerspricht auch Herrn Wende.

Herr Beier äußert Kritik zum Änderungsantrag.

Herr Dr. Mernitz verteidigt den Änderungsantrag seiner Fraktion. Unterstützt wird er dabei von Herrn Wende. Es gehe nicht darum an einem Ort zwei Schultypen zu realisieren. Er widerspricht Herrn Buhrke.

Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Tierschutzpartei abstimmen.

mehrheitlich abgelehnt
Ja 5 Enthaltung 5

Herr Hilke lässt nun über die ursprüngliche Beschlussvorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Errichtung eines vierzügigen Gymnasiums in Schöneiche bei Berlin zum Schuljahr 2028/2029 sowie zur Sicherstellung des Bedarfes die Errichtung eines zweizügigen Interimsstandortes in Schöneiche bei Berlin zum Schuljahr 2025/2026.

mehrheitlich zugestimmt
Nein 2 Enthaltung 3

Zu TOP 22 Beratung und Beschlussfassung: Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Neubaus für die Regine-Hildebrandt-Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in Fürstenwalde / Spree als Baustein des „Spree-Campus“
Vorlage: 062/2024/1

Erläuterungs- oder Redebedarf besteht nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die Verwaltung mit der Weiterführung der Planung des Neubaus der Regine-Hildebrandt-Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ am „Spree-Campus“ in Fürstenwalde bis zur Leistungsphase IV zu beauftragen.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 2

Zu TOP 23 Beratung und Beschlussfassung: Gezielte Förderung und strukturelle Stärkung des Ehrenamtes im Landkreis Oder-Spree – Verabschiedung der Richtlinie Engagement-Förderung
Vorlage: 021/2024/1

Erläuterungs- oder Redebedarf besteht nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die „Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewährung von Zuwendungen im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Richtlinie Engagement-Förderung). Mit Inkrafttreten der Richtlinie tritt gleichzeitig die „Richtlinie des Landkreises Oder-Spree für ehrenamtliche Tätigkeiten zur Förderung der Integration von Flüchtlingen“ (Ehrenamtsrichtlinie) des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration vom 06.12.2016 (in Kraft getreten am 01.01.2017) außer Kraft.

mehrheitlich zugestimmt

Nein 5 Enthaltung 8

**Zu TOP 24 Beratung und Beschlussfassung: Eilentscheidung nach § 58 der Kommunalverfassung Brandenburg (BbgKVerf) - Bereitstellung weiterer finanzieller Mittel zur Ertüchtigung "Haus Hoffnung" in Fürstenwalde/Spree sowie der Errichtung eines Mehrzweckgebäudes mit Sozialräumen
Vorlage: 072/2024**

Erläuterungs- oder Redebedarf besteht nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Zur Sicherung der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten stimmt der Kreistag nachfolgenden überplanmäßigen Ausgaben im Jahr 2024 zu:

- Ertüchtigung „Haus Hoffnung“, Langewahler Straße 57, Fürstenwalde / Spree
> Mehrbedarf 400.000 Euro
- Errichtung Mehrzweckgebäude auf dem Gelände des „Haus Hoffnung“, Langewahler Straße 57, Fürstenwalde / Spree zur Nutzung als Sozialgebäude
> Mehrbedarf 300.000 Euro

mehrheitlich zugestimmt

Nein 12 Enthaltung 2

**Zu TOP 25 Beratung und Beschlussfassung: Eilentscheidung nach § 58 der Kommunalverfassung Brandenburg (BbgKVerf)
Vorlage: 079/2024**

Erläuterungs- oder Redebedarf besteht nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt der überplanmäßigen Bereitstellung von 412.000,00 € zur Sicherung der Finanzierung der Straßenbaumaßnahme K 6714, Abschnitt 010, OD Reudnitz.zu.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 2

**Zu TOP 26 Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zum Neubau eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6744, Abschnitt 015, Dahmsdorf – Reichenwalde
Vorlage: 077/2024**

Erläuterungs- oder Redebedarf besteht nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Vorbereitung und der baulichen Realisierung des Neubaus des straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6744 Abschnitt 015 von Dahmsdorf bis Reichenwalde auf einer Länge von ca. 2.983 m.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 4

**Zu TOP 27 Beratung und Beschlussfassung: Vergabeentscheidung zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag für Verkehrsleistungen im Straßenbahnverkehr der Linie 88 i. V. m. Beschlussfassung eines Verkehrsvertrages, einer Finanzierungsvereinbarung und einer Ergänzungsvereinbarung zum Verkehrsvertrag
Vorlage: 078/2024**

Herr Hilke erklärt, dass dieser TOP sich im öffentlichen Teil befinde, weil er auch schon in den Sitzungen der anderen kommunalen Aufgabenträger öffentlich behandelt worden sei.

Herr Buhrke informiert darüber, dass der Kreistag des Landkreises Märkisch-Oderland bereits der Vergabe zugestimmt habe, ebenso die Gemeindevertretung Schöneiche.

Um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt den Abschluss eines Verkehrsvertrages mit der Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH für die Kalenderjahre 2025 bis 2039, die dazugehörige Verwaltungsvereinbarung zur Finanzierung dieser Leistungen mit den gemeinsamen Bestellern Landkreis Märkisch-Oderland, Gemeinde Schöneiche bei Berlin und Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin und die Ergänzungsvereinbarung zum Verkehrsvertrag mit der Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH sowie der Gemeinde Schöneiche bei Berlin.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 4

Zu TOP 28 Veränderungen in den Ausschüssen

Einreicher: AfD

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport:
Herr Stefan Pfau wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration:

Frau Angelika Patz und Herr Detlef Diehl werden als sachkundige Einwohner berufen.

Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt:

Herr Dieter Vogel wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung:

Herr Enrico Biagini, Detlev Burczyk und Herr Dietmar Gavran werden als sachkundige Einwohner berufen.

Ausschuss für Haushalt und Finanzen/Beteiligungen:

Frau Veronika Jolanta Kuo wird als sachkundige Einwohnerin berufen.

Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung:

Herr Siegfried Aulich wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Einreicher: SPD und B´90/Grüne

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport:

Herr Florian Rietzl, Dr. Wolfgang de Bruyn und Frau Carolin Hilschenz werden als sachkundige Einwohner berufen.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration:

Herr Benjamin Jarosch, Frau Rosemarie Jurisch und Herr Peter Heyse werden als sachkundige Einwohner berufen.

Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt:

Herr Gerd Rademacher, Herr Bernd Saliter und Herr Thomas Löb werden als sachkundiger Einwohner berufen.

Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung:

Frau Dr. Stefanie Gasche, Herr Steffen Köhler und Herr Oliver Heisel werden als sachkundige Einwohner berufen.

Ausschuss für Haushalt und Finanzen/Beteiligungen:

Herr Christoph Baumann, Herr David Sanne und Frau Ute Meissner werden als sachkundige Einwohner berufen.

Einreicher: CDU

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport:

Herr Henrik Schlünz wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration:

Frau Ingrid Freninez und Frau Marina Luhn werden als sachkundige Einwohner berufen.

Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt:

Herr Carsten Fettke wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung:

Herr Gisbert Zastrow und Herr Sytse Wiersma werden als sachkundige Einwohner berufen.

Ausschuss für Haushalt und Finanzen/Beteiligungen:

Herr Klaus Rundorf und Herr Danilo Schrape werden als sachkundige Einwohner berufen.

Einreicher: BVB/Freie Wähler

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport:

Frau Iris Jatzek wird als sachkundige Einwohnerin berufen.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration:

Herr Siegmur Burdag wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt:

Herr Thomas Fischer wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung:

Herr Peter Winter wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Ausschuss für Haushalt und Finanzen/Beteiligungen:

Herr Kai Hamacher wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Einreicher: FDP/BJA/BVFO

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport:

Herr Dr. Manfred Dietrich wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration:

Frau Anne Rimpler wird als sachkundige Einwohnerin berufen.

Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt:

Herr Lars Reinicke wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung:

Herr Christian Zwiebler wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Ausschuss für Haushalt und Finanzen/Beteiligungen:

Herr Peter Pohle wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Einreicher: Die Linke/Tierschutzpartei

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport:

Herr Dr. Bernd Stiller wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration:

Frau Eike Maiwald wird als sachkundige Einwohnerin berufen.

Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt:

Herr Daniel Schulz wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung:

Frau Sandy Weniger-Wenzel wird als sachkundige Einwohnerin berufen.

Ausschuss für Haushalt und Finanzen/Beteiligungen:

Herr Dominic Mocker wird als sachkundiger Einwohner berufen.

Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallbehandlung "Nuthe-Spree": Stellvertretung: Frau Julia Wiedemann

zugestimmt

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Rolf Hilke

Vorsitzender des Kreistages

Annalisa Campisano

Protokollantin

Anlagen:

Anlage 1 – Anwesenheitsliste vom 09.10.2024

Anlage 2 – Geschäftsbericht des Landrates

Anlage 3 – Einbringung Haushaltssatzung und Produkthaushalt 2025 in den Kreistag

Anlage 4 – Anfrage von Fraktion Die Linke/Tierschutzpartei zum Integrationsbudget
mit Antwort zu TOP 6

Anlage 5 – Informationen zum Livestream zu TOP 8

Anlage 6 - Änderungsantrag Fraktion Die Linke/Tierschutzpartei zur BV 063/2024 zu TOP 21